

Antrag der Fraktionen BfM und FDP	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0634/2004 öffentlich 15.09.2004 14.09.2004	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktionen BfM und FDP betr. Institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Universitätsstadt Marburg und der Philipps-Universität inkl. Klinikum

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept der institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen den Körperschaften der Universitätsstadt Marburg und der Philipps-Universität im Verbund mit der Philipps-Universität zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung über die Umsetzung bis spätestens zum 31.12.2004 vorzulegen.

Begründung:

Im Zuge der durch dramatische Verknappung der Finanzmittel bedingten „Operation sichere Zukunft“ strebt das Land Hessen erkennbar eine wenigstens teilweise Kappung der Lehr- und Forschungszuständigkeiten der mittelhessischen Universitäten in Marburg und Gießen an.

Diese Strebungen führen schon jetzt zu einer Eliminierung von Fachbereichen, die zum Beispiel für die Marburger Philipps-Universität von hoher, Identität stiftender Bedeutung waren und sind (z. B. das Fach Vorgeschichte).

Weitere Einschnitte in die universitäre Substanz drohen.

Die teilweise Zusammenlegung der Klinika kann hier als weiteres für Marburg unmittelbar relevantes Sonderthema benannt werden.

Jede Schwächung der Philipps-Universität bedeutet für die Universitätsstadt Marburg, die bekanntlich eine Universität ist, eine Schwächung des Stadtentwicklungspotenzials.

Ein abwartendes Nebeneinander von Stadt und Universität kommt bei dieser extrem verschärften Situation aus der Interessenlage beider Körperschaften nicht länger in Betracht.

Es ist Aufgabe der Gremien der Universitätsstadt Marburg, die Initiative für ein institutionalisiertes **Bündnis für Exzellenz** mit der Philipps-Universität zu ergreifen.

Zu denken ist in diesem Zusammenhang an die Begründung einer Zuständigkeit „Kooperation mit der Philipps-Universität“ für einen der städtischen Ausschüsse. Zu denken ist auch an integrierte Kommissionen zwischen Stadt und Universität. Aufgabe dieser gemeinsamen Gremien oder institutionalisierter Kooperationseinrichtungen muss unter anderem die Entwicklung eines wechselseitig wirksamen Frühwarnsystems sein, durch welches beide Partner sich gegenseitig auf gemeinsam oder einseitig bedrohliche Entwicklungen aufmerksam machen, um frühzeitig an Ort und Stelle Vorbeugungsmaßnahmen zu verabreden und umzusetzen.

Verbale Einvernehmensbekundungen und Schönwetterreden, wie sie in der Vergangenheit gelegentlich verlautbart worden sind, nützen in der dramatisch zugespitzten Lage nichts mehr. Die Universitätsstadt Marburg muss auf die Philipps-Universität zugehen. Die Philipps-Universität wird ihre Bedeutung nur erhalten, wenn sie mit sich selbst identisch und exzellent bleibt und weitere Exzellenzbereiche entwickelt. Dies kann hier nur im engen Verbund mit der Universitätsstadt Marburg, ggf. auch mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf, gelingen.

-Fridhelm Faecks -
(Vors. der Fraktion der „Bürger für Marburg“)

- Frederik Schwindack -
(Fraktion der „Bürger für Marburg“)

- Herbert Zaun -
(Fraktion der „Bürger für Marburg“)

- Winfried Wüst -
(vors. der Fraktion der „FDP“)

- Gerlinde Schwebel -
(Fraktion der „FDP“)

- Jan Röllmann -
(Fraktion der „FDP“)